

Zukunft ungewiss – viele Fragezeichen um die Einheitskasse

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind dazu aufgerufen, am 28. September zum wiederholten Male über die Einheitskasse zu befinden. Die Umsetzung der Einheitskasse wirft viele Fragen auf, welche die Initianten bis anhin nicht beantwortet haben. Ob die Einheitskasse in der vorgesehenen Führungsstruktur handlungsfähig wäre, ist mehr als zweifelhaft.

In der Leitung der staatlichen Einheitskasse sollen paritätisch der Bund und die Kantone sowie Leistungserbringer und Versicherte vertreten sein. Angesichts der unterschiedlichen Interessen dieser Akteure ist mehr als fraglich, ob die so zusammengesetzte Einheitskasse entscheidungsfähig ist. Interessenskonflikte sind vorprogrammiert, und die Vertreter der unterschiedlichsten Interessengruppierungen dürften sich in wichtigen Fragen gegenseitig blockieren. Als Weg aus dieser Sackgasse sind zunehmende staatliche Interventionen vorprogrammiert, die sich an der politischen Grosswetterlage orientieren.



Die Einbindung der Leistungserbringer in die Einheitskasse ist folglich eine Verlockung, der Ärztinnen und Ärzte widerstehen sollten. Die heutige Rollentrennung zwischen Krankenversicherern und Leistungserbringern muss deshalb gewährleistet bleiben, auch wenn damit immer wieder harte Tarifverhandlungen verbunden sind.

Grossumbau mit Fragezeichen

Völlig unklar ist auch, wie die rund 60 Grundversicherungen in der obligatorischen Krankenpflege in eine staatliche Organisation überführt werden sollen. Zu beantworten bleibt etwa, ob die Grundversicherung gleich in kantonale Gesellschaften übertragen oder zuerst auf Bundesebene zusammengeführt und erst später kantonal aufgespalten werden soll. Klar aber ist, dass der Umbau mehr als ein Jahrzehnt dauern und hohe Kosten verursachen wird. In dieser Zeit werden viele Ressourcen verbraucht, welche letztlich bei der Behandlung der Patientinnen und Patienten fehlen werden.

Projektrisiken sind nicht zu verantworten

Wie der Grossumbau ausgehen wird, ist dabei mehr als fraglich. Ein Systemwechsel wäre ein IT-Grossprojekt. Verschiedene neue IT-Systeme müssten eingeführt werden. Die damit einhergehenden Risiken gelten als besonders relevant. Eine Langzeitstudie über IT-Grossprojekte von McKinsey hat gezeigt, dass bei mehr als der Hälfte der IT-Grossprojekte die geplanten Kosten

überschritten werden, und zwar im Durchschnitt um 45 Prozent. Bei 17 Prozent aller Fälle verlaufen die Projekte so schlecht, dass sie die Existenz des Unternehmens gefährden. Gemäss einer aktuellen Umfrage von Computerworld bei Schweizer IT-Leitern kann nur ein Viertel der IT-Projekte uneingeschränkt als Erfolg gewertet werden. Drei Viertel der IT-Projekte sprengen den gesetzten Zeitrahmen, kosten mehr als geplant oder liefern ein mangelhaftes Endprodukt.

Ein weiteres Risiko wird in einem zu unklaren Projektziel gesehen. Das Gesetz gibt den Rahmen für die organisatorische Umsetzung der Einheitskasse und damit das Projektziel vor. Sollte das Gesetz aufgrund des zu erwartenden politischen Gezerres diesbezüglich zu wenig präzise sein, würde dies den Projekterfolg gefährden. ❖

«Ärztinnen und Ärzte gegen die Einheitskasse»:
www.alliance-sante.ch

alliance **santé**